

Backbord



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Kiel

Rüstungsexporte endlich stoppen !– das gilt auch für Kiel !

Deutschland drittgrößter Rüstungsexporteur

Eurofighter mit deutscher Technik für Indien und Südkorea, Leopard-Panzer für Saudi-Arabien und Katar, Patrouillenschiffe für Angola, atomwaffenfähige U-Boote für Israel – soweit eine (unvollständige Liste) von Staaten, die Abnehmer deutscher Rüstungsgüter sind bzw. in Kürze werden sollen. Bundeskanzlerin Merkel will demnächst eine Liste mit Nicht-NATO-Staaten aufstellen, mit denen Rüstungsgeschäfte erlaubt wären, da dies angeblich zur Stabilität ihrer Region beitragen würde. Dazu sollen unter anderem die sechs Staaten des Golfkooperationsrates, darunter Saudi-Arabien und Katar zählen, in denen größte Menschenrechtsverletzungen gang und gäbe sind.

Mit dieser "Merkel-Doktrin" will sich Deutschland auch in Sachen Rüstungsexport endlich aller Fesseln entledigen. Nachdem das deutsche Rüstungskapital maßgeblich daran beteiligt war, zwei Weltkriege vom Zaun zu brechen, wurde bis zur Annektion der DDR das Rüstungsgeschäft in der Bundesrepublik eher im Verborgenen betrieben. Noch ein im Jahr 2000 entworfener Leitfaden der Bundesregierung untersagt ausdrücklich Waffenlieferungen in Spannungsgebiete. Dieser Grundsatz wurde in den zurückliegenden Jahren schon immer ungenierter unterlaufen – jetzt soll damit aber auch offiziell Schluss sein.

Über die Rüstungsexporte entscheidet der Bundessicherheitsrat, ein geheim tagendes Gremium - unter dem Vorsitz der Kanzlerin. Der Deutsche Bundestag erhält nicht einmal nach Erteilung einer Genehmigung Auskunft über den Vorgang.

Mittlerweile ist Deutschland hinter den USA und Russland der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Nach Berechnungen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (Sipri) stiegen die deutschen Ausfuhren im Zeitraum zwischen 2007 und 2011 im Vergleich zu den vorangegangenen fünf Jahren um 37 Prozent (*FAZ 20.7.12*). Die größten deutschen Waffenschmieden sind Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann, Thyssen-Krupp und Diehl.

U-Boote an Israel

Deutschland rüstet Israel mit atomwaffenfähigen U-Booten aus und ist damit unmittelbar beteiligt an den stattfindenden Kriegsvorbereitungen gegen den Iran. Die in Deutschland gebauten und an Israel gelieferten U-Boote der Dolphin-Klasse können mit Atomsprenköpfen ausgestattet werden, über die – da sind sich alle Experten einig – Israel längst verfügt.

Israel besitzt derzeit drei solcher U-Boote, zwei weitere befinden sich im Bau bei HDW-Kiel, die zu ThyssenKrupp gehört, und sollen noch in diesem Jahr ausgeliefert werden. Das alles geht noch auf Entscheidungen der „rot/grünen“ Regierung unter Schröder zurück.

Pro U-Boot kassiert ThyssenKrupp Marine-Systems rund 400 Millionen Euro. Und für Israel gibt es dabei einen deutlichen Rabatt, denn etwa ein Drittel der Kosten, 135 Millionen. pro U-Boot, übernimmt die Bundesregierung bzw. der deutsche Steuerzahler.

Dies ist nichts anderes als eine Mittäterschaft der Bundesregierung an einem möglichen zukünftigen Atomkrieg in dieser Spannungsregion. Sie verstößt damit nicht nur gegen das Prinzip „keine Waffen in Spannungsgebiete“, sondern auch gegen den Atomwaffensperrvertrag. Damit wird Deutschland zum Wegbereiter für einen Atomkrieg im Nahen und Mittleren Osten, der die Gefahr eines weltweiten Infernos in sich birgt.

Das angebliche iranische Atomprogramm dient als Vorwand für ein Bedrohungsszenario, Iran wolle sich Atomwaffen beschaffen und Israel „von der Landkarte tilgen“. Letzteres ist längst als Zitatenfälschung entlarvt und für die Existenz iranische Atomwaffen gibt es keinerlei Beweise. Dabei gäbe es eine verblüffend einfache Lösung für das Problem der Angst vor angeblichen iranischen Atomwaffen: Sofortige Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten. Und als ersten Schritt könnte Israel den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen, was der Iran im Übrigen längst getan hat.

- Stilllegung der U-Boot-Produktion für Israel. Keine Auslieferung von U-Booten an Israel
- Schluss mit allen Rüstungsexporten!

Nach Ansicht der DKP wird sich auch in der Frage Rüstungsproduktion oder Rüstungskonversion erst dann ein grundsätzliches Umdenken und ein Prozess des Politikwechsel in Gang kommen, wenn gerade die Gewerkschaften in Verbindung mit außerparlamentarischen Bewegungen dies auf ihre Agenda setzen und politische Zeichen aussenden.

Eine zentrale Aufgabe besteht in der Entwicklung eines umfassenden Konversationsprogramms für die Bundeswehrstandorte und Rüstungsbetriebe des Landes. In der Entmilitarisierung und in der Friedensproduktion muss nach Auffassung der DKP die Zukunft Schleswig-Holsteins liegen.

Gerne wird verschwiegen, dass der U-Boote-Bau auf der Kieler HDW in einer unheilvollen militaristischen Tradition steht, die mit der Befreiung vom Faschismus leider nicht zu Ende ging (während des Faschismus wurden bei HDW Kiel 31 U-Boote gebaut). 1945 hatten die Betriebsräte der Werft angesichts der zum größten Teil zerstörten Rüstungsstadt Kiel (80 Prozent der Gebäude lagen in Schutt und Asche) gelobt, dass auf der Werft nie wieder Kriegsschiffe und U-Boote gebaut werden sollen. Im Zuge der Wiederaufrüstung der BRD und der Eingliederung in die NATO war diese Vorstellung aber bald Makulatur. Ab 1960 lief die U-Boot-Produktion auf der HDW wieder auf vollen Touren – zunächst für die Bundesmarine und wenig später auch für Interessenten in aller Welt. Dabei war man bei der Auswahl der Partner von Anfang an nicht besonders wählerisch: 1967 belieferte man die Militärdiktatoren in Griechenland; Mitte der siebziger Jahre bestellte der Schah von Persien in der Bundesrepublik ein halbes Dutzend U Boote. Als die ersten Rümpfe bei der HDW auf Kiel gelegt waren, jagte Chomeinis Revolution den Schah aus dem Lande. Es wurden Käufer für die sechs Unterseeboote gesucht – und gefunden: Zwei davon wurden klammheimlich dem chilenischen Diktator Pinochet zugeschlagen. Daraufhin kam es in Kiel zu einer Reihe von politischen Aktionen. Den aktivistischen Höhepunkt erreichte das Engagement des Chile-Arbeitskreises Anfang September 1982, als etwa zwei Dutzend DemonstrantInnen die U-Boot-Schwimmdocks der Howaldtwerke für ungefähr eine Stunde besetzten. Auf den Transparenten stand der heute noch richtige Gedanke zu lesen: „Rüstungsexport / Beihilfe zum Mord“. Und natürlich bekam auch der NATO-Partner (mit nicht ganz lupenreiner Demokratie) Türkei seine U-Boote. Etwas komplizierter gestaltete sich das Geschäft mit dem Rassisten-Regime in Südafrika. Hier bedurfte es schon eines Geheimvertrages über die Lieferung von U-Boot-Plänen, die die Werft Mitte 1985 mit dem Apartheid-Staat abschloss, damit auch Südafrika U-Boote made by HDW sein Eigen nennen konnte. In dieser Tradition steht die U-Boot-Lieferung an Israel. Im Zusammenhang mit Israel wird gegen Kritiker ja gerne die moralische Keule geschwungen. Ein Blick auf diese Liste sagt viel aus über den Zusammenhang von kapitalistischem Profit, imperialer Politik und politischer Moral. .